

II-3313 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1655/J

1978-02-20

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. STIX, Dr. SCHMIDT  
an den Herrn Bundesminister für Finanzen  
betreffend steuerliche Berücksichtigung der Anschaffung von Einbruch-  
sicherungsanlagen

Das Überhandnehmen von Eigentumsdelikten hat in letzter Zeit immer mehr die Notwendigkeit vorbeugender Selbstschutzmaßnahmen in den Vordergrund gerückt. Tatsächlich wurden von seiten der für die öffentliche Sicherheit verantwortlichen Stellen ja auch bereits verschiedene Maßnahmen in Angriff genommen, die darauf abzielen, die Bevölkerung über die in diesem Zusammenhang bestehenden Möglichkeiten entsprechend aufzuklären.

Besondere Bedeutung kommt hier zweifellos jenen technischen Sicherungsanlagen zu, die sich als sehr wirkungsvoller Schutz gegen Einbruchsdiebstahl erwiesen haben, deren Anschaffung und Installierung jedoch mit erheblichen Kosten verbunden sind.

Wenn nun aber die Exekutive offensichtlich nicht in der Lage ist, gegen Eigentumsdelikte einen auch nur annähernd ausreichenden Schutz zu bieten, und es infolgedessen ergänzender Vorkehrungen im Bereich der Privatinitiative bedarf, erscheint es durchaus angebracht, solche - wie schon gesagt - zum Teil sehr kostspieligen - Selbstschutzmaßnahmen von staatlicher Seite wenigstens durch entsprechende Steuererleichterungen in angemessener Weise zu fördern. Als Instrument bietet sich etwa eine Berücksichtigung dieser Ausgaben als außergewöhnliche Belastung an.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e :

Werden Sie die Möglichkeit einer steuerlichen Berücksichtigung der Anschaffung von Einbruchsicherungsanlagen prüfen lassen und den Anfragestellern das Ergebnis dieser Prüfung bekanntgeben?

Wien, 1978-02-20